



Ausgabe VI/2023

Wie ist das mit dem Frieden?

An der Wiege der Europäischen Union stand – neben ganz konkreten wirtschaftlichen Interessen – auch die von zwei katastrophalen von Europa ausgehenden Weltkriegen getragene Idee, aus Europa eine Region des Friedens machen zu wollen. Dies hat trotz (vielleicht sogar wegen?) des Kalten Krieges und mancher kleinerer Schönheitsfehler auch ganz gut geklappt, zumindest für das unmittelbare Territorium des in der EU vereinten Europas. Dass dies in den Außenbeziehungen (nach wie vor unbewältigte Folgen des europäischen Kolonialismus, Beteiligungen an manchen vor allem von den USA initiierten militärischen Interventionen, immer stärkere Einbindung in das US-amerikanische Imperium u.a.) nicht ganz so geklappt hat, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls hat Europa die sich nach der Implosion der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges kurzzeitig bestehende Möglichkeit zu einer eigenständigeren europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik (Schlagwort Helsinkiprozess, KSZE) verpasst. Ob es tatsächlich jemals eine derartige Chance gegeben hat, ist Gegenstand von anhaltenden wissenschaftlichen Erörterungen und Spekulationen. Es ist durchaus möglich, dass es sich doch nur um eine hoffnungsvolle Schimäre gehandelt haben könnte. Heute sind wir jedenfalls mit einer Faktenlage konfrontiert, dass Europa von Vielen als „Vasalle der USA“ betrachtet wird und von diesen Schritt für Schritt in seine eigenen geopolitischen Kalküle hineingezogen wird. Dass der Hegemon sich selbst allerdings bereits am absteigenden Ast befindet und die Beziehungen zwischen den USA und der EU auf allen relevanten Gebieten eindeutig zugunsten des transatlantischen „Partners“ ausgerichtet sind, wird als Geschäftsbedingung hingenommen. Dass inzwischen neben des sich immer bedrohlicher werdenden Konfliktes zwischen den USA und China auch höchst bedenkliche gesellschaftspolitische Entwicklungen in den USA (Schlagwort Trumpisierung) Realität sind, wird auch gerne verdrängt. Dass ein beträchtlicher Anteil der US-Bürger*innen kaum die westlich-demokratischen Werte, die von EU-Politiker*innen gerne in Sonntagsreden beschworen werden, teilen, wird geflissentlich übergangen. Dass allerdings der-

artige Entwicklungen längst auch in Europa vorhanden sind, wird man ja bei den Wahlergebnissen der kommenden Wahlen zum Europaparlament erkennen können.

Mit einem Wort: die ganze wertegeleitete Ordnung tanzt auf dünnem Eis!

Das Prinzip der Doppelmoral

Dass dieses europäische Nachkriegs-Friedensprojekt hinten und vorne kracht, ist kaum mehr zu leugnen. Und das nicht erst seit dem – absolut völkerrechtswidrigen und zu verurteilenden – russischen Angriff auf die Ukraine. Hier muss nun das höchst bedauerliche ukrainische Volk die Rechnung für eine rücksichtslose und aggressive Expansionspolitik der NATO zahlen. Hier geht ein ganzes Land vor die Hunde, abgesehen davon, dass auch andere Staaten, nicht zuletzt auch Russland, betroffen sind. Und gewissermaßen parallel dazu gibt es dann noch so „kleine“ Interventionen wie in Bergkarabach, in diversen afrikanischen Staaten, Unruhen am Balkan, ganz zu schweigen von den von USA/NATO weitergeführten Militäroperationen in Syrien. Ja und dann als „Sahnehäubchen“ der schreckliche Krieg um Gaza.

Westliche/europäische Glaubwürdigkeit am Beispiel des israelisch/palästinensischen Konfliktes

Es besteht kein Zweifel, dass die Aktionen der Hamas am 7.10. auf das Schärfste abzulehnen und zu verurteilen sind. Dass diese jedoch losgelöst von einem der gravierendsten Konflikte der Nachkriegsordnung als krimineller terroristischer Einzelfall dargestellt werden und der Verweis auf die Geschichte seit 1948/67 bereits als antisemitische Entgleisung diffamiert wird, ist ein weiteres Beispiel für eine höchst eigenartige Sicht der Dinge. Die Welt ist demnach in „gut“ und „böse“ geteilt und nach dem klassischen Prinzip „quot licet Iovi not licet bovi“ gelten einfach unterschiedliche Kriterien. So werden also blutige Kriegstreiber zu Friedenskämpfern und vice versa. Dass Israel nicht nur konsequent zwei ganz konkrete Aufnahmebedingungen zu den Vereinten Nationen

International ist gut unterwegs, aber wir haben weitere Ziele

Im Jahr 2024 begeht unsere Projekt sein 45. Bestandsjubiläum. Die Zeiten haben sich geändert, auch unsere Zeitschrift. Gerade in „Zeiten wie diesen“ sind wirklich unabhängige und kritische Medien wichtiger denn je! Neben den sechs gedruckten Ausgaben pro Jahr sind wir inzwischen auf YouTube präsent, so hat sich die Zahl unserer dortigen Abonnentinnen und Abonnenten gerade in den vergangenen Wochen mehr als verdoppelt.

Wir wollen aber noch mehr: Wir wollen vor allem unsere Präsenz in den sozialen Medien weiter verbessern aber auch attraktive Life-Veranstaltungen durchführen, um auch das Gespräch mit unseren Leserinnen und Lesern zu intensivieren. Und wir wollen auch verstärkt jüngere und weiblich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufnehmen. Diesen wollen wir nicht nur ein gutes Training sondern auch moderate Honorare anbieten.

Dafür benötigen wir finanzielle Unterstützung!

Wir ersuchen daher um Spenden auf folgendes Konto:

International IBAN: AT60 2011 1285 2009 6806 BIC: GIBAATWW

negiert, seit 1948 und danach verstärkt seit 1967 alle Rechte des Palästinensischen Volkes ignoriert und die unter seiner direkten Kontrolle lebenden Menschen terrorisiert, wird hingenommen. Nicht nur von den USA, deren politische, militärische und finanzielle Unterstützung Israel zu dem macht, was es ist, eine aggressive regionale Atommacht, sondern auch Europa, das zwar verbal die Rechte des Palästinensischen Volkes anerkennt und auch unterstützt, aber konkret nichts tut, um Israel nachdrücklich zu einer „rechts- und wertegeleiteten“ Vorgangsweise zu veranlassen. Und in Österreich ist das besonders hinterlistig: Um nur jeden Verdacht auf Antisemitismus, den es in Österreich leider durchaus noch gibt, zu vermeiden, hängt man gleich aus Solidarität die israelische Fahne auf Bundeskanzleramt, Außenministerium und Parlament. Dass zwischen „Israelsolidarität“ und Rassismus/Antisemitismus kein unbedingter Widerspruch bestehen muss, beweisen rechte europäische Parteien wie die FPÖ, AfD, Front National und auch Orbans Fidesz. Wir behandeln das Thema in diesem Heft mit zwei Beiträgen, einen leider sehr verstörenden Bericht von Sofian Naceur über die möglichen Kriegsziele Israels sowie einer Kritik von David Parsian an der höchst einseitigen österreichischen Nahostpolitik. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch die Aufmerksamkeit unserer Leser*innen auf den Kommentar „Muslime in deutschen KZs“ von Jörg Becker lenken. Dieser mag verstören, vielleicht auch provozieren, hoffentlich aber auch zum Reflektieren bewegen.

Wohin geht die Welt: weiter nach rechts oder nach links?


Dass die Welt alles andere als friedlich und in besten Händen ist, wird inzwischen auch einer immer größeren Anzahl von Bürger*innen bewusst. Leider sind ihre Reaktionen darauf unterschiedlich und auch widersprüchlich. Das Vertrauen zu den politisch führenden Personen und Parteien wird geringer, die Tage der hemmungslosen Populisten scheinen angebrochen. Dies hat auch mit der Krise traditioneller Volksparteien zu tun, welche einfach keine Kraft und/oder keinen Willen mehr haben, den destruktiven und aggressiven Kräften (der diversen Lobbys, siehe Rüstung, Energie...) entgegenzutreten. Wenn man sich die diversen Wahlergebnisse der letzten Jahre ansieht, scheint es so zu sein, dass vor allem die linken Parteien von dieser Krise besonders betroffen sind. Wir

behandeln dieses Thema in diesem Heft an einigen Stellen. Ich möchte vor allem das Gespräch unseres Redaktionsmitgliedes Gabriele Matzner mit dem deutschen Wissenschaftler Wolfgang Streeck erwähnen. Der frühere SPÖ-Minister Erwin Buchinger formuliert eine Reihe von Forderungen an eine mutigere sozialdemokratische Außenpolitik und betont besonders die ungebrochene Bedeutung der immerwährenden Neutralität Österreichs. Dass sich nicht nur aus der Linken kommende Persönlichkeiten Sorgen um einen weiteren Abbau der Neutralität machen, beweist auch die „Initiative engagierte Neutralität“, über deren Aktivitäten Udo Bachmair berichtet.

Und wohin Europa?

Ich möchte abschließend – auf den Beginn dieses Editorials zurückkommend – noch gerne auf eine Reihe von aktuellen und hoch interessanten Berichten über europäische Themen verweisen. Wir setzen unsere Serie, in der wir erfahrene Europapolitiker zu ihrer Meinung bezüglich der Zukunft der EU befragen, mit einem Beitrag des früheren Kommissars Franz Fischler fort. Unser Redaktionsmitglied Herbert Auer behandelt – durchaus kritisch – die demokratiepolitischen Defizite der EU, Christoph Thanei berichtet über den Wahlausgang in der Slowakei und Klaus Müller über jenen in Polen. Und der Jugoslawienexperte Vedran Dzihic setzt seine bereits im vorigen Heft begonnene – leider nicht besonders optimistische – Analyse über den Balkan fort.

Unsere bereits üblichen Kulturbeiträge, für welche unser Redakteur Herbert Maurer verantwortlich zeichnet, befassen sich vor allem mit Armenien, weiters findet man im Heft einen ganz aktuellen Kommentar zu den Wahlen in Argentinien sowie Berichte über die nicht gerade frankreichfreundliche Stimmung in Westafrika, über die im Nahen Osten immer mehr verbreitete Droge Captagon sowie den üblichen Länderbericht von Günter Spreitzhofer, diesmal über Puerto Rico. Somit ist für ausreichend Lesestoff für die kommenden Tage und Wochen gesorgt.

Mit den besten Wünschen für geruhige und friedliche Feiertage verabschiedet sich Ihr Fritz Edlinger. 

Fritz Edlinger

E-Mail: f.edlinger@international.or.at